



Detailansicht des Regelungsvorhabens

EU-Vergaberechtsreform (Public Procurement Act): verbindliche soziale Kriterien und Zugang für Sozialunternehmen

Aktuell seit 01.10.2026 14:55:16

Angegeben von:

Social Entrepreneurship Netzwerk Deutschland e. V. (R001359) am 01.10.2026

Beschreibung:

Gegenstand der Interessenvertretung ist der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine Verordnung über öffentliche Aufträge und Konzessionen (Public Procurement Act, COM(2026) 590 final, 2026/0265 (COD)) vom 9. September 2026 und die hierzu von der Bundesregierung zu erarbeitende Verhandlungsposition. SEND begrüßt die verbindliche Mindestgewichtung der Qualität und die neuen Zugangsvorschriften für kleine Anbieter. Ziel ist es, die Berücksichtigung sozialer Erwägungen als Regel mit begründeter Abweichung auszugestalten, den Auftragsvorbehalt für Organisationen mit dauerhafter Vermögens- und Zweckbindung zu öffnen und ergebnisabhängige Vergütungsbestandteile auch für öffentliche Aufträge zu ermöglichen.

Betroffene Interessenbereiche (1)

Sonstiges im Bereich "Wirtschaft" [alle RV hierzu]

Betroffene Bundesgesetze (4)

GWB [alle RV hierzu]

VgV 2016 [alle RV hierzu]

SektVO 2016 [alle RV hierzu]

KonzVgV [alle RV hierzu]

Zu diesem RV abgegebene grundlegende Stellungnahmen/Gutachten (1)

1. SG2610010051 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 01.10.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]